Einzelnummer 10 Pfennig

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internatio[illegible]chsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund[illegible] Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jung[illegible]

7. Jahrgang | Dresden, Dienstag den 14. April 1931 | Nummer 63

Lohnraub und Artikel 48

kämpft nur die Arbeiterstimme

Wirb noch heute durch deine Abonnenten!

SPD-Bürgermeister unternimmt:

Millionenraub an Dresdens Bevölkerung!

+ 350% Negersteuer, – 6 500 000 Fürsorgegeld

Dresden, 14. April.

Zu der heutigen Gesamt-Ratssitzung des Dresdner Stadtrates hat der SPD-Finanzdezernent Dr. Bührer für den Haushaltplan 1931 folgende ungeheuerliche Anträge eingebracht:

1. Um rund 4,5 Millionen Mark soll die Bürgersteuer (Negersteuer) durch Erhebung eines Zuschlages von 350 Prozent erhöht werden!
2. 6,4 Millionen Mark sollen dem Wohlfahrtsamt gestrichen d. h. den Fürsorgeempfängern geraubt werden!
3. 2 Millionen Mark sollen durch Verdoppelung der Biersteuer neu eingebracht werden!
4. 900 000 Mark sollen durch Weitererhebung der Musikinstrumentensteuer und Katzensteuer (beide Steuern treffen ebenfalls die arbeitende Bevölkerung) einbringen!

So will die Dresdner Großbourgeoisie, ihr Külz und ihre „linke" SPD die Dresdner werktätige Bevölkerung bis zum Weißbluten auspressen. Nicht die 39 Millionäre, die es in Dresden gibt, sollen den Fehlbetrag von 13 Millionen tragen, sondern die hungernden Massen. Der Plan von Külz und SPD-Bührer bedeutet Alarm für alle Werktätigen Dresdens! Entfaltung des Massenkampfes gegen diese Schandpläne in Einheitsfront unter Führung der KPD!

Verschärfung des Bauarbeiterstreiks

44-Stunden-Woche = 8,3 Prozent Lohnabbau in Gemeindebetrieben Dresdens

Am Sonnabend fanden in Dresden Verhandlungen zu dem Lohnstreit der Bauarbeiter statt. Sie wurden ergebnislos abgebrochen und die nächste Verhandlung für morgen den 15. April um 10 Uhr angesetzt. Die Bonzen und Unternehmer haben sich, nach Berliner Muster, verpflichtet, den Spruch dieses Schlichtungsausschusses für sich als verbindlich anzuerkennen.

Heute früh wurden 25 Stahlhelm-Streikbrecher geschlossen auf den Bau der Firma Brand bei Villeroy & Boch geführt.

Auf dem Bau von Bargon Söhne hat der Unternehmer kapituliert und zahlt die alten Löhne weiter. Das ist ein Erfolg der festen Streikführung durch die RGO.

Die Berliner BGB-Bürokratie versucht jetzt mit allen Mitteln, die Bauarbeiter auf die Baustellen zu treiben. In Dresden-Cotta gelang es ihr bei der Firma Fritsche ebenfalls, die Kollegen zu dem Berliner 9-Prozent-Lohnraubschiedsspruch auf den Bau zu jagen. Ueberall geht sie daran, den Streikbruch zu organisieren. Zu derselben Zeit setzt auch ein verschärfter Polizeiterror gegen die Streikenden ein. In Hamburg wurde eine Bauarbeiterversammlung brutal auseinandergeschlagen durch die Polizei SPD-Schönfelders. Grzesinski setzt seine Polizei gegen die Streikenden ein und auch aus anderen Teilen des Reiches, in Rheinland, Westfalen und Mitteldeutschland, kommen Berichte über schärferes Polizeieinsatz gegen die Bauarbeiter.

Nachdem die Bauarbeiter überall unter Führung der RGO gegen den Lohnraub in den Streik traten, versucht die DBV-Bürokratie nachträglich die Führung in die Hand zu bekommen und hat sich bei den Zimmerern bereits die Vollmacht geholt, „die weiter einzuschlagende Taktik" selbst zu bestimmen. Heute wollen sie in einer Bauarbeiterversammlung auch für sich die Blankovollmacht für den Abbruch des Streiks holen.

Der Bauarbeiterstreik ist in ein verschärftes Stadium eingetreten. Mit allen Mitteln will die Bürokratie, nachdem schon eine ganze Reihe Firmen vor der geschlossenen Streikfront kapitulierte, den Streik abwürgen. Die Dresdner Volkszeitung verschweigt den Bauarbeitern den einstimmig beschlossenen Lohnraubpakt der Bonzen mit den Bauunternehmern. Der Zweck dessen ist, die Dresdner Bauarbeiter zu übertrumpeln, um auch hier die Lohnraubpraxis zu verwirklichen.

Statt dessen preist das SPD-Blättchen die weitere Einführung der 44-Stunden-Woche in den städtischen Betrieben (Tiefbauamt, Gartenverwaltung und Günzbad) nach dem Rezept von Brandes, Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich, wodurch die Betroffenen eine Lohnkürzung von 4 Mark wöchentlich erhalten. Auf der ganzen Linie traten die Reformisten, so auch im Bauarbeiterkampf, als die Verteidiger des Lohnraubes und als Organisatoren des Streikbruches gegen die Arbeiter auf.

Die Verschärfung des Bauarbeiterstreiks wird außer durch das offene Auftreten der Reformisten als Organisatoren des Streikbruches auch durch das damit in Verbindung stehende schärfere Einsetzen des Polizeiterrors charakterisiert.

Nur die RGO führt entschlossen den Streik fort. Sie ruft die gesamte Arbeiterschaft auf, die Streikenden durch aktive Solidarität, durch verschärften Kampf gegen die streikbrecherischen Führer des DBV zu unterstützen, um den Streik gegen den Lohnraub siegreich zu beenden.

Streikt den Lohnraub nieder unter der Führung der RGO. Nieder mit der streikbrecherischen Bürokratie, den Lakaien der Ausbeuter. Alle Kräfte für den Streiksieg der Bauarbeiter.

Der Triumph des Fünfjahrplanes

Eingeständnis des BT — Jouvenel für deutsch-französischen Krieg gegen die UdSSR

In der Sonnabendnummer des Berliner Tageblattes muß der Sonderberichterstatter folgendes über den Fünfjahrplan zugeben:

„Von der Sowjetregierung wurde immer betont, daß das 3. Jahr des Fünfjahrplans das entscheidende wird. Auschwend hat das 1. Quartal dieses 3. Jahres günstige Resultate gezeigt. Ein Teil der Elektroindustrie hat den Fünfjahrplan schon in 2½ Jahren erfüllt. Die Schuhindustrie hat 12 Millionen Paar über den Plan produziert. Auch das für die Sowjetindustrie wichtige Kohlengebiet des Donezbeckens meldet beste Förderungszahlen. Die Stalingrader Traktorenwerke und die Traktorenwerke „Roter Putilow" haben die Märzaufgabe völlig erfüllt. Die großen Stahlwerke melden eine 100prozentige Erfüllung."

Die Wut des Weltkapitals, dessen Bau, von der Krise seines Systems erschüttert, in allen Fugen kracht, ist ungeheuer. Jouvenel, der sicher im Einvernehmen mit seiner Regierung handelt, schreibt u. a.:

„Die deutsche Industrie verbindet ihre Hoffnungen mit den Lieferungen zum bolschewistischen Fünfjahrplan. Frankreich darf sich freilich darüber nicht entrüsten, weil auch das französische Marineministerium Petroleum aus Rußland bezieht, ohne zu erröten, daß dadurch die Handelsbilanz der UdSSR verbessert wird. Eine französisch-deutsche Annäherung sei zu wünschen, aber er könne es nur glauben, wenn Deutschland mit Frankreich und Europa gegen Rußland vorgehe."

Die Hetze, z. B. der Dresdner Neuesten Nachrichten, gegen die UdSSR beweist, daß derlei Vorschläge bei der deutschen Großbourgeoisie stets auf fruchtbaren Boden fallen (siehe die gegenwärtige „Spionage"hetze) und von der Rußlandhetze der SPD und der Nazis Kraft ziehen. Um so entschiedener heißt es für die deutschen Werktätigen, für die der Sieg des Fünfjahrplans ihr Sieg, der Aufstieg der UdSSR ihre Erstarkung bedeutet, die UdSSR mit allen Mitteln zu verteidigen.

•

Berlin, 13. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Handelsvertretung der Sowjetunion teilt zu der Angelegenheit der Industriespionage bei den IG-Farben in Höchst am Main mit, daß die in der Angelegenheit genannten oder verhafteten Personen in der Handelsvertretung in keiner Weise bekannt sind. Es bestünden auch keinerlei direkte oder indirekte Beziehungen zu irgendwelchen Personen, die im Zusammenhang mit einer solchen Angelegenheit genannt worden seien.

Interview mit Frau Dr. Kienle

Die tapferen Worte von § 218, die gestern in Dresden sprach, beantwortete der Redaktion mehrere Fragen. Die Antworten werden sicher großes Interesse unter den Werktätigen finden und die Massenbewegung gegen den Wortpatragraphen verhundertfachen.

1. Wie groß dürfte die Zahl der Abtreibungen in Deutschland sein?

Objektiv geschätzt, werden in Deutschland sicher über eine Million Abtreibungen im Jahre vorgenommen. Von diesen kommen etwa 5000 vor Gericht und von den Gefängnisurteilen werden zu 97 Prozent Arbeiterfrauen und Frauen der werktätigen Bevölkerung betroffen.

2. Wieviel Frauen leiden heute gesundheitlich zum Opfer?

Der § 218 bringt ca. 15 000 bis 20 000 Frauen jährlich den Tod. Das ist ebensoviel, wie durch Tuberkulose dahingerafft werden. Noch mehr! Mindestens 200 000 Frauen verfallen infolge unsachgemäßer Abtreibung dem Siechtum und leiden dann ihr Leben lang an chronischer Peritonitis (Unterleibsentzündung) und anderen Krankheiten.

3. Warum wurden Sie verhaftet?

Ein reaktionärer Arzt, ein Bürokrat, erstattete Anzeige, daß ich Abtreibungen vornehme. Auf diese Denunziation hin wurde am 12. Februar bei mir Haussuchung gehalten und das gesamte Material beschlagnahmt. Am 20. Februar wurde ich verhaftet, angeblich wegen Fluchtverdacht, obzwar mir nicht im Traum eingefallen ist, zu fliehen. Mein Kollege Dr. Wolf und ich wollen gerade die Durchführung des Prozesses, um die Frage des § 218 aufzurollen. Nach fünf Wochen Haft trat ich in den Hungerstreik, den ich 8 Tage durchführte. Es handelt sich um kein Einzelschicksal. Es ging um die Sache von Millionen Frauen des Volkes.

4. Welche Stellung nehmen Sie zum § 218 ein?

Ich bin für die Schwangerschaftsunterbrechung nicht nur aus medizinischen Gründen, sondern bin der Auffas-

Unsere Antwort an Schleck

Brüning, Severing

Gegen § 218 am 1. Mai in Einheitsfront mit der KPD

In den 3 Massenversammlungen in Dresden, [illegible] Frau Dr. Kienle, ferner Reichstagsabg. Genossen Geldmann und Schumann [illegible] gegen ungeheuer Uebereinstimmung politisch [illegible] worden, ist einstimmig eine Entschließung angenommen worden, in der gegen den § 218 und gegen die Reichsregierung Stellung genommen und aufgefordert wird, am 1. Mai in Einheitsfront mit der KPD aufzumarschieren.